

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Heinrich Dresden  
Herausgeber: Hermann Dresden  
Redaktion: Dr. Heinrich Dresden  
Vertrieb: H. L. Wittenberg

Verlag: Dr. Heinrich Dresden  
Herausgeber: Hermann Dresden  
Redaktion: Dr. Heinrich Dresden  
Vertrieb: H. L. Wittenberg

Verlag: Dr. Heinrich Dresden  
Herausgeber: Hermann Dresden  
Redaktion: Dr. Heinrich Dresden  
Vertrieb: H. L. Wittenberg

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Die Preußenfrage wieder im Vordergrund

### Unterredung Papens mit Severing

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Juli. Die Beratungen innerhalb der Reichsregierung über die Maßnahmen, die dem Verbot der öffentlichen Demonstrationen nach der Ausräumung der amtlichen Stellen folgen sollen, sind bereits zum Abschluss gebracht. Diese Maßnahmen, über die mit den Länderregierungen, wie man hört, bereits die Fühlungnahme im Gange ist, sollen nach dem Bericht der Berliner amtlichen Stellen näher interpretierten Absichten der Reichsregierung unverzüglich in Kraft gesetzt werden, wenn sich zeigen sollte, daß das Demonstrationsverbot sich als zur Wiederherstellung der politischen Beruhigung unzureichend erweist.

Es ist demnach also nicht in Aussicht genommen, die verschärften Maßnahmen zur Bekämpfung des kommunistischen Terrors dem Demonstrationsverbot, wie dies eigentlich im Interesse der Sache gelegen hätte, folgen zu lassen.

Diese etwas abgerundete Haltung der Regierung hat bereits starken Widerspruch gefunden. Anvveilweit diese abwarierende Haltung des Kabinetts durch die neuerdings wieder in Fluss gekommenen Ermordungen aber

#### Die Verhältnisse in Preußen

beeinträchtigt ist, läßt sich im Augenblick noch nicht recht erkennen. Tatsache ist jedenfalls, daß sich im Verlauf der Beratung über die notfalls zu ergreifenden weiteren Maßnahmen lebhafte Diskussionen ergeben hat, daß eine Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung mit einer Regierung in Preußen, die sich in härtester Frontstellung gegenüber dem Reichskabinett befindet, denkbar erschwert, wenn nicht gänzlich unmöglich gemacht wird. Aus Preußen wären der Reichskanzler und der Reichsinnenminister eigentlich mit der Absicht zurückgekehrt, die Frage des Reichskommissars für Preußen als erledigt anzusehen, das heißt, zur Einsetzung eines solchen Reichskommissars nicht zu schreiten. Inzwischen haben sich aber Dinge begeben, die das Verhältnis zwischen Reich und Preußen unangenehm gestaltet haben. Hierzu gehört vor allem eine Rede, die am letzten Sonnabend, also gerade zu dem Zeitpunkt, wo der Reichskanzler eben erst aus Preußen zurückgekehrt war, der preussische Innenminister Severing gehalten hat, in der er erklärte, daß man das Kabinett Papens „um politischen Teufel jagen müßte“. Es ist klar, daß derartige Äußerungen es den zuständigen Reichsstellen als undenkbar erscheinen lassen, daß die geschäftsführende preussische Regierung von

sich aus alles tun wird, um die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Die Frage des Reichskommissars für Preußen ist damit in ein neues Stadium getreten.

Der Reichskanzler hat für den Mittwoch den stellvertretenden preussischen Ministerpräsidenten Dr. Krieger und den Innenminister Severing zu einer Besprechung in die Reichskanzlei gebeten. Die Berichte jedoch, daß beabsichtigt sei, den beiden preussischen Ministern die Einsetzung eines Reichskommissars bekanntzugeben, ellen den Tatsachen zumindst weit voraus. Diese Besprechung dürfte eher den Zweck einer Sondierung verfolgen, einmal, wieviel die preussische Regierung gewillt ist, zur Niederdrückung des kommunistischen Terrors beizutragen, und zum andern, ob sie endlich das Ergebnis der Landtagswahlen respektieren will. Man sieht es sehr wohl innerhalb der Reichsregierung als einen auf die Dauer unhaltbaren Zustand an, daß die geschäftsführende Preussenregierung der Weimarer Koalition noch weiter so tut, als ob es überhaupt keine Landtagswahlen gegeben hätte. Man hält es für eine unbedingte Notwendigkeit, endlich die erforderliche Weidereinigung zwischen den innerpolitischen Streitkräften der Reichsregierung und der Preussenregierung herbeizuführen.

Es dürfte sich aber erst nach der Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den preussischen Kabinettsmitgliedern ergeben, welche Folgerungen gezogen werden sollen.

Offenbar ist man aber innerhalb des Reichskabinetts nicht zuletzt auch infolge des Vorfalles, den der nationalsozialistische Landtagspräsident Kroll an den Reichskanzler gerichtet hat — doch zu der Auffassung gekommen, daß es so wie bisher in Preußen nicht weitergehen kann. Es wird abzuwarten bleiben, ob die Regierung, die das Reich aus den morgigen Erklärungen der preussischen Regierungsvorsteher sieht, die Einsetzung eines Reichskommissars ist. Nach der Meinung aller rechtsstehenden Kreise hätte keine Befehlsmacht allerdings schon längst erfolgen müssen. Man hält es vielfach auch für sehr wahrscheinlich, daß es dem amtierenden Preussenkabinetts, das sich die Möglichkeit eines „anständigen politischen Abgangs“ vollkommen verbaut hat, durchaus nicht so unangenehm wäre, durch einen Reichskommissar seiner Funktionen enthoben zu werden und sozusagen in der Versenkung verschwinden zu können.

## Der Landtagspräsident an den Kanzler

Berlin, 19. Juli. Landtagspräsident Kroll hat am Dienstag den bereits angekündigten Brief an den Reichskanzler von Papen gerichtet. Er teilt darin zunächst mit, daß seine Bemühungen um die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen erfolglos geblieben seien. Für dieses Ergebnis macht er die vom verfallenen Landtag in letzter Stunde vorgenommene Geschäftsverordnungsänderung verantwortlich. Die nationalsozialistische Fraktion sei durchaus bereit gewesen, die Verantwortung für die Regierungsabwicklung zu übernehmen und einen Kandidaten für den Ministerpräsidenten zu stellen. Sie verlange aber, mit Rücksicht auf die diesem zufallende ungeheure Verantwortung, daß

der Ministerpräsident vor seiner Wahl keinerlei Bedingungen zu übernehmen brauche, sondern völlige Freiheit in der Bildung des Kabinetts und der Festlegung des Regierungsprogramms bestelle.

Die Zentrumskraktion habe diese Forderungen abgelehnt. Die nationalsozialistische Fraktion habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie von ihren Forderungen auch nach dem 31. Juli nicht abgehen werde.

Ihr Fraktionsvorsitzender habe Auftrag gegeben zur Klageerhebung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Geschäftsverordnungsänderung vor dem Staatsgerichtshof. Obwohl, so heißt es in dem Schreiben weiter, bei dieser Lage zur Behebung der Krise eine nochmalige Befragung des Volkes notwendig sei, habe er doch den Dreierentscheid zur Beschlußfassung nicht berufen, weil von ihm eine Zustimmung zur Landtagsauflösung nicht zu erwarten sei.

Durch das ausfolge der Geschäftsverordnungsänderung herbeigeführte Scheitern der Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung ist nunmehr der nach der Verfassung nur als Notbehelf angeordnete Zustand einer geschäftsführenden, sich nicht des Vertrauens des Volkes erfreuenden Regierung zu einem Zustand von unabsehbarer Dauer erhoben und Landtag und Mehrheit des Volkes könnten ihren Einfluß auf die Führung der Regierungsgeschäfte nicht mehr

in der verfassungsmäßigen gewollten Weise ausüben. Die geschäftsführende Regierung könne sich über jeden Beschluß des Landtags hinwegsetzen. Damit sei für Preußen ein Notstand herbeigeführt, der bei der bestehenden Lage durch den Landtag nicht geändert werden könne. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes könne man nicht abwarten. Der Landtagspräsident stellt vielmehr der Reichsregierung zur Erwägung, ob nicht durch den Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung erlassen werden könne, durch die

„dieser unwürdige, dem Willen der Mehrheit des preussischen Volkes nicht entsprechende Zustand abgeändert“

werde. Zum Schluß regt Kroll bei der Reichsregierung an, ob nicht bis zur Wiederherstellung verfassungsgemäßer Zustände in Preußen die Polizeigewalt besser vom Reich übernommen werde.

#### Eine Regierungserklärung im Rundfunk

Berlin, 19. Juli. In dem über die deutschen Sender heute abend gegebenen Nachrichtendienst der Drahttag wurde eine Erklärung der Reichsregierung verlesen, in der das Demonstrationsverbot noch einmal mit den Einzelheiten der letzten Tage begründet wird. Zum Schluß heißt es: „Es ist von der Reichsregierung bereits gestern angekündigt worden, daß das Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt ist. Die Länderregierungen sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufmärschen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu auszunutzen, um die Schlußpunktlinie der Waffenlager der Kommunisten, deren Vorhandensein durch die Aktionäre Vorkänge erwiesen ist, nachdrücklich auszurotten und damit die Grundlage für eine künftige ruhigere Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen zu schaffen. Die Reichsregierung wird dem Reichspräsidenten nötigenfalls weitere Maßnahmen gegen die jetzigen Vorkänge, die künftig den politischen Kampf mit der Waffe in der Hand oder gar unter verbrecherischer Verwendung von Sprengstoff liefern sollten. Das deutsche Volk kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung durchgreifen wird.“

### Unausrottbare Zersplitterung

Obwohl das deutsche Wahlrecht keinen Parteiengruppen nicht zünftig ist, treten doch vor jeder Wahl zahllose bisher unbekannte Gruppen an den Reichswahlleitern mit der Forderung heran, mit selbständigen Kandidatenlisten auf dem Stimmzettel erscheinen zu dürfen. Die letzten Landtagswahlen, namentlich in Preußen, haben zwar eindringlich genug gezeigt, daß selbst für eine bedeutende Parteiengruppe heute kaum mehr Aussichten auf ein Mandat bestehen; trotzdem werden wir in diesem Wahlkampf wieder mit insgesamt 22 Listen bealüht. Der Wahlzettel wird also entsprechend lang werden, und mancher Wähler wird Mühe haben, bis er sein Kreuzchen ins richtige Feld gesetzt hat. Allerdings eine Erleichterung hat der Wähler bei so überreicher Auswahl: diejenigen Wahlvorschlüge, die für ihn praktisch nur in Frage kommen können, stehen im ersten Drittel des Stimmzettels. Was danach noch kommt, sind so winzige Splitter, daß sie kaum noch ernst zu nehmen sind. Was soll man sich beispielsweise unter der „Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern“ oder unter der „Gerechtigkeitsbewegung für Parteiverbot“ vorstellen? Wer steht hinter diesen Listen? Meist einige wenige, völlig unbekannte Eigenbrötler, die sich wohl selbst kaum der Hoffnung hingeben, ein Mandat zu ergattern. Dazu kommen Leute, die sich mit ihren Kandidaturen lediglich interessiert machen wollen, oder für irgendeine Idee aus Kosten des Steuerzahlers eine billige Propaganda betreiben. Die Nationalsozialisten hielten und austau naagel gehörten in diese Reihe, aber auch für gewisse wirtschaftspolitische Vereine, wie die Freigeldtheoretiker, haben Wahlen anstehend den ausschließlichen Zweck einer kostenlosen Zählung ihrer Anhänger und einer ebenso billigen Reklame. Bezeichnend auch ist, daß zwei Listen als Nationalsozialistische Gruppen geführt werden, obwohl sie mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht das geringste zu tun haben. Ja, sie haben sogar gegen den Willen der Partei Hitlers ihre Listen mit denen der NSDAP verbunden, ein offenkundiger Mangel unserer Wahlvorschriften, die eine Partei gegen so bedeutliche Freundschafsbündnisse nicht zu schützen vermögen. Zweifellos hoffen diese mysteriösen Gruppen, mit einer volkstümlichen Parteibezeichnung Stimmensfang treiben zu können. Man könnte über diese Splitterlisten zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht die Erfahrung lehren würde, daß sie in ihrer Gesamtheit eine nicht unbedeutliche Stimmenszahl auf sich vereinigen. Bei der letzten Reichstagswahl wurden auf 14 mandatslos gebliebene Splitterlisten über 400 000 Stimmen abgegeben. Das Bedauerliche ist, daß die Splittergruppen fast ausschließlich nicht-marxistische Wähler anziehen. Marxistische Splitterlisten wie die USV und die SAP finden bezeichnenderweise fast keine Wähler. Der Marxismus hat durch bedeutungslose Splittergruppen noch nie einen Mandatsverlust zu verzeichnen gehabt. Das Vorkommen aber hat bei den letzten Wahlen sechs oder sieben Mandate durch die Zersplitterung verloren.

Bei diesen Wahlen — und das muß mit besonderem Ernst betont werden — ist die Gefahr der Zersplitterung nicht etwa geringer, sondern viel, viel größer geworden. Das ist um so schlimmer, als diesmal die Entscheidung auf des Messers Schneide im wahren Sinne des Wortes steht. Es kommt, um einen nationalpolitisch arbeitssfähigen Reichstag und damit eine tragfähige nationale Regierung zu wählen, darauf an, ob es den rechts vom Zentrum stehenden Gruppen gelingt, die absolute Mehrheit zu erobern. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß ohne Befestigung der Schließstellung des Zentrums an einen klaren und entschlossenen nationalen Regierungskurs nicht zu denken ist. Man braucht nur auf Preußen zu sehen, wo, ebenso wie in Hessen, trotz des riesigen Erfolges der Nationalsozialisten alles beim alten geblieben ist, weil das Zentrum sich einer nationalen Regierungsbildung verweigert und lieber mit den Sozialdemokraten zusammen in geschäftsführenden Regierungen das marxistische System am Leben erhält.

Diese Tatsache ist um so schmerzlicher, weil es in Preußen nicht so zu sein brauchte, wenn das Vorkommen sich nicht so sehr zersplittert hätte. Es hat sich nämlich gezeigt, daß rechts vom Zentrum, abgesehen von den beiden großen Parteien, der NSDAP und der DVP, nur die Deutsche Volkspartei genügend Grundmandate erobern konnte, um ihre Reststimmen zu verwerten. Die anderen Parteien der bürgerlichen Mitte dagegen haben sämtlich nicht mehr die notwendigen Grundmandate erlangen können, für die in einem Wahlkreis 50 000 Stimmen nötig waren. So haben die Volkrechtspartei zwar Stimmen in Höhe von einem Mandat, die Wirtschaftspartei in Höhe von vier Mandaten, das Landvolk in Höhe von vier Mandaten und die Nationalistische Front in Höhe von einem Mandat erhalten. Aber die insgesamt 475 000 Wähler dieser Parteien waren nicht stark genug, auch nur ein einziges Grund-

Table with multiple columns and rows of numbers, likely a stock or market index table.